

Beschluß(Resolutions)antrag

der Abgeordneten Franz-Karl Effenberg, Ing. Karl Svoboda, Mag. Ruth Becher und GenossInnen betreffend künftige Gesetzesvorlagen im Zusammenhang mit dem Klimabündnis, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 30. November 1995.

Dem Klimabündnis, der globalen Partnerschaft zum Schutz des Weltklimas, sind mittlerweile an die 600 europäische Städte und Gemeinden beigetreten, davon alleine in Österreich 101 Kommunen sowie 8 Bundesländer.

Es sollte allgemein bekannt sein, daß der Treibhauseffekt die Hauptursache für eine bedrohliche Veränderung des ökologischen Gleichgewichts unseres Planeten darstellt. Nicht nur die Verbrennung enormer Mengen fossiler Brennstoffe im Bereich der Energieumwandlung und des Verkehrs, sondern auch der wachsende Verlust bisheriger "Katalysatoren", wie z.B. der Regenwälder, läßt die Anreicherung von Spurengasen in der Atomsphäre, allen voran das Kohlendioxid, gewaltig ansteigen. Die bereits in hohem Maß in Entwicklung befindliche Erwärmung läßt in nur wenigen Jahrzehnten enorme Natur- und Umweltkatastrophen befürchten, welche durch die Klimaveränderungen verursacht werden.

Im Angesicht dieser allseits unwidersprochenen Tatsachen - schließlich ist man nunmehr weltweit zunehmend bemüht, einen möglichst umfassenden Klimaschutz in die Wege zu leiten - ist Wien bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, im Juni 1991 dem Klimabündnis zum Erhalt der Erdatmosphäre beigetreten. Die Stadt Wien ist damit die Verpflichtung eingegangen, die Treibhausgas-Emissionen, allen voran Kohlendioxid, bis zum Jahr 2010 um 50 % zu senken. Darüber hinaus sind die Bündnispartner im Amazonasgebiet bei der aktiven Regenwalderhaltung zu unterstützen und es ist von der Verwendung von Tropenholz Abstand zu nehmen.

In Wien liegt darüber hinaus ein Gesamtkonzept zum Klimaschutz vor, das aus drei wesentlichen Reduktionsstrategieplänen besteht, jenem für Energie, jenem für den Bereich Verkehr und jenem zum Ausstieg aus der Verwendung halogenisierter Kohlenwasserstoffe.

Im Hinblick auf das Vorliegen der angesprochenen Grundlagen für die weitergehende Umsetzung entsprechender Maßnahmen, stellen die unterfertigten Landtagsabgeordneten gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

Beschluß(Resolutions)antrag:

Die Wiener Landesregierung wird aufgefordert, den relevanten künftigen Gesetzesvorlagen die jeweiligen Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgesehenen Ziele beizuschließen. Entsprechende Kurzfassungen mögen in den jährlichen Wiener Umweltberichten Aufnahme finden.

Wien, 30. November 1995

*Handwritten signatures:* Effenberg, Svoboda, Becher, and others. A stamp "3246/LATIA" is visible on the right side of the signatures.